

Pressemitteilungen des Verwaltungsgerichts Minden

Datum: 26. September 2006

Noch kein Aktionsplan wegen Feinstaubbelastung in Bielefeld

Die 11. Kammer des Verwaltungsgerichts Minden hat heute einen Eilantrag einer Anwohnerin der Detmolder Straße in Bielefeld abgelehnt, mit dem diese erreichen wollte, dass die Bezirksregierung Detmold kurzfristig einen Aktionsplan für Bielefeld und insbesondere die Detmolder Straße aufstellt.

Ein Aktionsplan, in dem insbesondere Verkehrsbeschränkungen vorgesehen werden können, muss unter anderem dann aufgestellt werden, wenn die Gefahr besteht, dass Immissionsgrenzwerte für die Feinstaubbelastung (PM10) überschritten werden. Mehrere Fachgutachten hatten prognostiziert, dass der maßgebliche Tagesmittelwert von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ an der Detmolder Straße und an der Stapenhorststraße in Bielefeld voraussichtlich deutlich häufiger als 35 mal im Kalenderjahr überschritten wird. Die für die Beurteilung maßgeblichen Messungen an der Stapenhorststraße haben dagegen bislang keine Überschreitungen ergeben. Die Antragstellerin hatte im Wesentlichen geltend gemacht, die Messstation an der Stapenhorststraße stehe nicht in einem Bereich, der am höchsten belastet sei, und sei deshalb nicht repräsentativ.

Das Gericht hat ausgeführt: Rechtlich maßgeblich sei, ob Grenzwertüberschreitungen im Bereich der Messstellen überwiegend wahrscheinlich seien. Denn die einschlägige Verordnung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft (22. BImSchV) lege genau fest, nach welchen Kriterien die Messstellen aufzustellen seien und nach welchen Messmethoden die Schadstoffbelastung zu beurteilen sei, damit die Daten in allen EU-Mitgliedstaaten vergleichbar seien. Die Messungen ließen eine Gefahr zu häufiger Überschreitungen des Tagesmittelwerts von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Bereich der Messstelle nicht erkennen.

Bei der im Eilverfahren nur möglichen vorläufigen Prüfung könne nicht abschließend beurteilt werden, ob der Standort der Probenahmestelle vom hierfür zuständigen Landesumweltamt NRW (LUA NRW) zutreffend ausgewählt worden sei. Im Übrigen ändere selbst eine fehlerhafte Standortwahl nichts daran, dass derzeit noch auf den Bereich der aktuellen Messstelle an der Stapenhorststraße abzustellen sei.

Die Kammer deutete an, dass sich die Beurteilung künftig ändern könnte, weil das LUA NRW derzeit die Standortwahl überprüfe und bereits signalisiert habe, eine neue Messstelle an der Detmolder Straße einrichten zu wollen. Die Bezirksregierung Detmold habe deshalb schon jetzt angekündigt, die Arbeiten zur Aufstellung eines Aktionsplans fortzuführen, wenn sich durch neue Messungen die Gefahr von Grenzwertüberschreitungen bestätigen sollte.

(Beschluss vom 26.9.2006 - nicht rechtskräftig)

Az.: 11 L 383/06

[▲ oben](#)